

Supermann am Bosphorus? : Die USA überfordern die Türkei mit Aufträgen

Autor(en): **Duràn, Khalid**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165602>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Khalid Duràn

ist 1940 in Berlin geboren und hat in Pakistan Islamwissenschaften, in Bonn Politikwissenschaften und in Berlin Soziologie studiert. Zurzeit ist er Redaktor an der in Washington vom Institute for International Studies herausgegebenen Vierteljahresschrift «Trans State Islam».

SUPERMANN AM BOSPORUS?

Die USA überfordern die Türkei mit Aufträgen

Aus den türkischen Wahlen vom Dezember 1995 ist die von Necmettin Erbakan geführte islamistische Refah-Partisi («Wohlfahrtspartei») mit 21 Prozent der Wählerstimmen als stärkste Partei hervorgegangen. Das gute Abschneiden der Islamisten kam nicht überraschend, aber die Auswirkungen dieser Entwicklung und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die zahlreichen Nachbarn der Türkei sowie für Europa und die USA sind schwer abzuschätzen.

Über den Gegensatz zwischen Islamisten und Kemalisten darf man sich keinen Illusionen hingeben – die Feindschaft ist kompromisslos. Das schliesst politische Kompromisse zwar nicht aus, doch im Endeffekt sind diese nur taktischer Natur.

Atatürk, der Held der Kemalisten, gilt den Islamisten als Teufel. Die beiden Seiten haben Geschichtsbilder, die sich gegenseitig ausschliessen. Nach Meinung der Kemalisten rettete Atatürk nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Türkei als Staat und Nation vor der völligen Zerstückelung und Unterwerfung durch europäische Mächte, speziell Griechenland. Um wenigstens eine Kleintürkei zu erhalten, verzichtete der Begründer des modernen Staats auf das Osmanische Reich. Aus der Sicht der Islamisten war Atatürk ein Agent europäischer Mächte, ein Judenabkömmling und Freimaurer. Im Auftrag der Kolonialmächte zerstörte er das Osmanische Reich und machte die Türken zu Hinterwäldlern Europas.

Damals erkannte die grosse Mehrheit der Türken Atatürk als ihren Retter an, doch der Gegensatz zwischen den beiden Meinungen wurde nie überbrückt. Aus den oppositionellen Kreisen ging eine neue Generation hervor.

Der Islamismus ist eine weltweite Bewegung, deren nationale Schwesterparteien eng zusammenarbeiten und sich auch finanziell gegenseitig unterstützen. Wie in Algerien, Ägypten und Iran kommt die Masse der Refah-Gefolgsleute aus den Elendsvierteln, doch geführt wird die Bewegung von Akademikern, insbesondere

von Technokraten, die nach Aufstiegschancen dürsten. Die wirtschaftliche Misere spielt eine Rolle, doch wird sie von westlichen Beobachtern gern überbewertet. In den USA und Westeuropa sperren sich politische Beobachter und Entscheidungsträger gern gegen eine Anerkennung der unbequemen Hauptursachen für das Erstarken des Islamismus in der Türkei. Die Hauptgründe, für die der Westen keine Antwort hat, sind:

Erstens: die Enttäuschung über den Abschluss aus Europa.

Zweitens: die Wut über das Morden in Bosnien. Viele Türken empfinden das so, als handle es sich um einen Teil ihres eigenen Landes und Volkes.

Mit Aserbeidjan und Tschetschenien verhält es sich nicht anders. Den Islamisten ist es ein leichtes, unter Türken ein Gefühl des Verfolgtseins zu entfachen. Dazu kommen dann die Nachrichten von Türkenmorden in Deutschland.

Kein universaler Trend zum Islamismus

Dass es sich beim guten Abschneiden der Islamisten in der Türkei keineswegs um eine universale Entwicklung handelt, lässt sich an Beispielen aus anderen Staaten leicht nachweisen. Bei den pakistanischen Wahlen von 1992 verschwanden die Islamisten fast von der Bildfläche. In einer Nationalversammlung von 217 Sitzen sind sie mit ganzen drei Abgeordneten vertreten. Dabei wurden jene pakistanischen Wahlen von allen Seiten als frei und fair anerkannt. Bei den algerischen Präsidentschaftswahlen wurde den Islamisten eben-

falls ein Denkkzettel verpasst. Fänden in Iran wirklich freie Wahlen statt, dann müssten die regierenden Mullahs wohl den Weg ins sudanesisches Exil antreten.

Es wäre ein schwerwiegender Fehler, wollte man bei der Analyse der türkischen Entwicklungen die entscheidenden Sonderfaktoren ausser Acht lassen. Der Kemalismus begann als eine Bewegung, die den Anspruch darauf erhebt, eine Ideologie zu sein, doch die Entwicklung blieb in den Anfängen stecken. Im Gegensatz dazu hat sich der Islamismus aus der alten Religion des Islam zu einer neuen totalitären Ideologie entwickelt, einer Art regionsspezifischen Spätform des Faschismus, sozusagen ein Faschismus-Nachzügler in der Welt des Islam. Mancher Islamist tut das als eine bössartige Unterstellung ab, doch andere geben die zahlreichen Parallelen gern zu.

Die «Wohlfahrtspartei» stützt sich – für viele Menschen im Westen unverständlich – auf die unermüdliche Basisarbeit weiblicher Aktivistinnen. Auf eine Million soll sich die Zahl der *Refah*-Genossinnen belaufen. Mancher Beobachter hat daraus den Schluss gezogen, die bisherige Ministerpräsidentin *Tansu Çiller* werde als Verkörperung der verwestlichten Frau ebenso abgelehnt wie seinerzeit in Iran die Kaiserin *Farah Diba*. Das trifft jedoch nur sehr bedingt zu. Gewiss, die Verschleierung befreit die Frauen der ärmeren Schichten vom Wettkampf der Mode – einer Mode, die sich leicht als ausländisch geisseln lässt. Doch das ist nicht alles. Die Islamisten mobilisieren Frauen im Stile totalitärer Parteien. Wie in Iran und Sudan gelingt es ihnen, durch Versprechungen grösseren Mitspracherechts Frauen vor ihren Wagen zu spannen. An die Macht gelangt, haben sie bisher die Erwartungen ihrer weiblichen Gefolgschaft stets enttäuscht. In der Türkei haben sie noch nicht Farbe zu bekennen brauchen, doch dürfte es bald dazu kommen; denn die *Refah Partisi* stellt keine einzige weibliche Abgeordnete.

Die türkische Islamisten-Bewegung steckt voller Widersprüche. Viele Partei-

gänger begeistern sich für die Forderung nach Hinwendung zu den arabischen Brüdern. Davon verspricht man sich nicht nur die Wärme der Bruderherzen, sondern wirtschaftlichen Aufschwung, und zwar durch die Verbindung von türkischem Fachwissen und arabischem Kapital. Europa schwimmt in Tomaten und Südfrüchten, in Arabien dagegen wächst der Bedarf an Lebensmittelimporten, und die türkischen Lieferanten sind nicht weit entfernt.

Auf arabischer Seite ist jedoch die Haltung alles andere als eindeutig. Einerseits möchte man die Türken durchaus gern auf seiner Seite haben; denn die stellen eine grössere militärische Macht dar als die meisten arabischen Staaten zusammengenommen. Auf der anderen Seite aber fürchtet man sich vor erneuter türkischer Oberhoheit. Jede türkische Geste der Annäherung wird sogleich auch als imperialistische Attitüde gedeutet. Dem verstorbenen türkischen Ministerpräsidenten *Özal* wurde in der arabischen Presse unablässig unterstellt, er träume von der Wiederherstellung des Osmanischen Reiches.

Als nach dem Ersten Weltkrieg der neue Staat Irak von den Engländern aus der Taufe gehoben wurde, sollte er ursprünglich nur den arabischen Teil umfassen. Der kurdische Nordirak wurde dann erst in letzter Minute dazugefügt, beziehungsweise von der Türkei abgeschnitten. Fiele jener Nordirak wieder an die Türkei, dann ergäbe sich aus der Gesamtheit ein Staat der Kurden und Türken, und das wäre zumindest eine bessere Lösung als der gegenwärtige Zustand, gehört doch der Nordirak zurzeit nirgendwo hin und muss als Spielball für alle Nachbarn herhalten. Wer aber in der arabischen Welt wäre zu einer solchen türkischen Lösung bereit? Keiner mag *Saddam*, doch keiner will zulassen, dass das künstliche Gebilde Irak aufgelöst wird, weil damit «heiliger arabischer Boden» verloren ginge.

An solchen Widersprüchen wird die Regierung in Ankara schwer zu schaffen haben. In der arabischen Welt stösst die



Die Islamisten mobilisieren Frauen im Stile totalitärer Parteien: Türkische Handweberei.

Osmanen-Nostalgie der *Refah Partisi* auf wenig Gegenliebe. In Zentralasien frönt man statt Osmanentum einem säkularen Pantürkismus, und dafür braucht man keinen *Erbakan*, das kann *Mesut Yilmaz* ebensogut und Tansu Çiller noch besser.

Schlüsselrolle im Auftrag der USA

Seit der Auflösung der Sowjetunion und der neuen Rollenverteilung in Europa fällt der Türkei aus amerikanischer Sicht eine Schlüsselrolle zu. Der neue Hauptfeind, als Nachfolger der kommunistischen Bedrohung, heisst nun Iran mit seinem Islamismus (bzw. islamischen Fundamentalismus). Folglich wird die Türkei zum Frontstaat, vergleichbar der Rolle, die früher Westdeutschland gegenüber dem Ostblock innehatte. Da andererseits Russland weiterhin ein Gefahrenherd bleibt, speziell in seinem Verhältnis zu den muslimischen Republiken der früheren Sowjetunion, ist die Türkei in zweierlei Hinsicht wichtig: Ankara soll sich in Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbeidjan sowohl russischen als auch iranischen Versuchen der Einflussnahme entgegenstellen.

Was sollen die braven Türken nur alles schaffen? Ginge es nach Washington, dann würden sie notfalls einen Vier-Fronten-Krieg führen. Im Osten sollen sie Iran entgegentreten und im Süden Syrien im Schach halten. Im Norden sollen sie den Russen die Stirn bieten und im Westen den Balkan stabilisieren. Das ähnelt der Verzettelung des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg, und genau diese Drehscheibenpolitik fand Kemal Atatürk untragbar. Doch damals hatte die Türkei als Verbündeten einen grossen Versager, Deutschland, diesmal steht hinter ihnen eine Superpower, nicht als Verbündeter, sondern als Auftraggeber. Es geht also alles viel realistischer zu.

Griechisch-türkischer Konflikt

Wer die Türken aufrüstet, muss die Griechen beschwichtigen. Infolgedessen steht Griechenland auf Platz Nummer Vier unter den Empfängern amerikanischer Rüstungsgüter.

Problematisch dabei ist, dass die Griechen keine strategischen Aufträge erhalten

.....
*Ginge es nach
 Washington,
 müssten die
 Türken notfalls
 einen Vier-
 Fronten-Krieg
 führen.*

.....
*Aus Unmut
 über den
 Ausschluss aus
 Europa haben
 die Türken
 islamistisch
 gewählt.*

wie die Türken. Was soll Athen mit den Massen an hochwertigem Kriegsmaterial tun? Eine gehörige Portion hat man den Serben weitergereicht, damit jene Albaner, Bulgaren und Makedonier in Schach halten. Mit dem Rest konfrontiert Athen Ankara direkt. Ende Januar gab es fast Krieg um einen unbewohnbaren Felsklotz, der unmittelbar vor der türkischen Küste aus dem Meer ragt, von Athen jedoch als eine «griechische Insel» beansprucht wird. Wären hier nicht die amerikanischen Waffenlieferanten in letzter Minute dazwischengetreten, dann wäre das Ganze in eine griechische Tragödie ausgeartet. Je mehr Waffen geliefert werden, desto häufiger wird es zu solchen «Zwischenfällen» kommen. Werden die Amerikaner stets schnell genug zur Stelle sein?

Im übrigen hat die Überhäufung Griechenlands mit Wunderwaffen Athen nicht dazu bewegen können, die Opposition gegen den Europa-Beitritt Ankaras aufzugeben, obwohl das für die amerikanischen Türkei-Pläne von entscheidender Wichtigkeit wäre. Aus Unmut über den Ausschluss aus Europa haben die Türken islamistisch gewählt, doch in Washington glauben viele Aussenpolitiker noch immer, das seien alles Frömler gewesen, die ausser Waffen möglichst viele Kopftücher und ein paar Riesenmoscheen fordern. Im *State Departement* stellt man einen wichtigen Faktor noch immer nicht voll in Rechnung: Fühlen die Türken sich von Europa weiterhin ausgestossen, dann darf man von ihnen nicht erwarten, den iranischen Mullahs auf die Füsse zu treten, wie Washington das so gerne möchte.

Iranisch-türkischer Konflikt

Zweifellos ist man in Ankara auf Teheran böse, zumal seit im April ein für Syrien bestimmter iranischer Waffentransport aufgedeckt wurde. Der mag für die Hezbollah in der libanesischen Bekaa-Ebene bestimmt gewesen sein, ebensogut aber auch für die von Syrien aus gegen die Türkei operierende Kurdische Arbeiterpartei. Damaskus und Teheran bilden gewissermassen eine anti-türkische Achse, sowie im Westen Griechenland und Serbien (Jugoslawien).

Nach Washingtons Wunsch, soll Ankara der israelischen Luftwaffe die Tiefe des

türkischen Raums zur Verfügung stellen. Nur empört das natürlich die Syrer, die sich in die Zange genommen fühlen. Selbst die Ägypter opponieren gegen ein allzu enges Zusammenspiel von Türken und Israelis. Die arabische Presse hält Ankara schon seit geraumer Zeit vor, wieder das imperialistische Osmanentum hervorzukehren, und in Teheran sprach man noch vor kurzem von türkischem Hochverrat an der Sache des Islam. Die gegenwärtig angebaute Entspannung kann das historisch tief verankerte Misstrauen nicht aus der Welt schaffen.

Die Rolle der Türkei in Bosnien

Nach den Vereinbarungen von Dayton sollen die Türken die Ausbildung der bosnischen *armija* übernehmen, sowie sie seit geraumer Zeit bereits für die Stabilisierung Albanien zuständig sind.

Räumt man den Türken eine Rolle in Bosnien ein, nimmt man den Islamisten ein wenig den Wind aus den Segeln. Die *Refah Partisi* hat bei den Wahlen nicht zuletzt deshalb so gut abgeschnitten, weil sie ein militärisches Eingreifen zugunsten der Bosnier fordert. Die Tatsache, dass der türkische Säkularstaat dem Völkermord an den Glaubensbrüdern in Bosnien tatenlos zuschaute, hat den Kemalismus in seinen Grundfesten erschüttert, mehr als wirtschaftliche oder andere Faktoren.

Die verheerenden Auswirkungen der serbischen Aggression in Bosnien auf Entwicklungen in muslimischen Staaten, insbesondere die Türkei, sind ein Punkt, der im Westen und speziell in den Vereinigten Staaten nie genügend in Rechnung gestellt wurde. Schliesslich sind 5 Prozent der rund 60 Millionen Türken bosnischer Herkunft – Opfer früherer Vertreibungen aus Jugoslawien.

Durch ein von den Amerikanern abgezeichnetes Engagement der Türken in Bosnien könnte der türkische Säkularstaat im eigenen Volk etwas Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Diese Überlegung geht keineswegs auf die Einsicht Washingtoner Strategen zurück. Dort fragt man sich ganz einfach: Wer kann es machen? Die Auf-

rüstung der bosnischen Armee wird in den Rahmen der Bekämpfung Irans gestellt, und dafür ist die Türkei zuständig.

Frontstaat gegen Russland

Schaut man sich an, was den Türken hiermit alles zugemutet wird, muss man sich fragen, ob statt des sprichwörtlichen «kranken Mannes am Bosphorus» dort nicht ein Supermann gefordert ist. Immerhin ist die türkische Armee durch die Kurdische Arbeiterpartei in einen Kleinkrieg verstrickt, der jährlich sieben Milliarden US-Dollar kostet. Nun soll die Türkei aber auch als Frontstaat gegen Russland herhalten. In Washington beschwört man zwar die amerikanisch-russische Freundschaft und setzt noch immer grosse Hoffnungen in den schwerkranken *Jelzin*, doch verfolgt man auch mit Sorge, wie Moskau die ehemals sowjetischen Gebiete Zentralasiens wieder unter seine Kontrolle bringt, und das schliesst sogar einen Zipfel Afghanistans mit ein, und zwar in Kooperation mit Teheran. In dieser Hinsicht ist das Regime der Mullahs sehr pragmatisch und macht den Russen wegen ihres brutalen Vorgehens gegen die Glaubensbrüder in Tschetschenien kaum Vorwürfe.

Ginge es nach Washington, dann würde Ankara in Zentralasien sowohl Moskau als auch Teheran ausbooten. Immerhin stehen die Menschen dort den Türken sprachlich und kulturell näher als Russen und Persern.

Im Prinzip sagen die Türken nicht nein, und Präsident *Demirel* hat bei seinem Washington-Besuch im März wieder einmal vor dem neuen Imperialismus der Russen gewarnt. Bewältigen kann Ankara die gestellten Aufgaben jedoch nur, wenn es von Washington vorrangig finanziert wird, analog zu Israel und Ägypten. Selbst dann aber bleibt die neue Schlüsselrolle für die Türkei ein gewagtes Unterfangen. Als vierfacher Frontstaat muss sie sich gewissermassen im Kreis bewegen, und das könnte selbst die tüchtigsten Türken überfordern. Geht dabei etwas schief, können sie kaum auf brüderliches Verständnis und Absicherung hoffen. ♦

.....
*Die Aufrüstung
 der bosnischen
 Armee wird in
 den Rahmen der
 Bekämpfung
 Irans gestellt.*

.....
*Als vierfacher
 Frontstaat
 muss sich die
 Türkei im
 Kreis bewegen.*
